

Beschlüsse der 10. Sitzung

des Studierendenparlaments der Universität Münster



Präsidium des 63. Studierendenparlaments

Noemi Piontek	(Präsidentin)
Katharina Sell	(Stv. Präsidentin)
Nikita Drössel	(Stv. Präsident)

In der 10. Sitzung des 63. Studierendenparlaments wurden die unten stehenden Beschlüsse gefasst. Die Sitzung fand am 17. Mai 2021 über Zoom (Meeting-ID: 988-1472-5235) statt und wurde von Noemi Piontek geleitet.

c/o AStA Uni Münster
Schlossplatz 1
48149 Münster

Die Beschlüsse führen lediglich die Ergebnisse der gestellten Gesamtanträge auf. Die Diskussionen sind dem jeweiligen Protokoll zu entnehmen.

stupa@uni-muenster.de
www.stupa.ms

Dienstag, 25. Mai 2021

Anträge aus dem Haushaltsausschuss

Der Finanzantrag von *Treibgut* und *Hello My Name Is* wurde angenommen.

(29/0/0)

Bestätigung von Protokollen

Die Protokolle der 7. und 8. Sitzung des 63. Studierendenparlaments wurden bestätigt.

(27/1/0)

Sondervotum zur Vertagung des Tagesordnungspunktes Bestätigung von Referent*innen auf der 10. Sitzung des 64. Studierendenparlaments der Universität Münster am 17.05.2021

Münster den 23. Mai 2021

Geschätzte Kommiliton*innen,

ich schreibe dieses Sondervotum im Wissen, dass wenige es lesen und noch weniger meine Meinung teilen werden. Dennoch schreibe ich diesen Text, denn ich möchte nicht schweigend zusehen, wie wertvolle Prinzipien zunehmend untergraben werden.

Es ist nichts Unrechtes geschehen; ich werfe keiner beteiligten Person ein strafbares Vergehen vor, noch fordere ich eine Änderung der geltenden Regeln, um Handeln dieser Art zukünftig mit einer Strafe zu belegen. Alle handelnden Personen haben lediglich Ihre Rechte, die sie als Mitglieder des höchsten Organs der Studierendenschaft besitzen, genutzt.

Obwohl ich hoffe, dass die Parlamentarier*innen ihre Aufgabe als Vertretung der Studierendenschaft gewissenhaft ausführen, so plagt mich doch der Verfall der Moral, wenn dieses Abstimmungsergebnis Auskunft über die Gewissen geben sollte.

Doch zunächst zu einer kurzen Schilderung der Geschehnisse.

Auf der 10. Sitzung des 63. Studierendenparlaments, am 17.05.2021 um kurz nach 20 Uhr wurde von der Sitzungsleitung der Tagesordnungspunkt *Bestätigung von Referent*innen* aufgerufen. Im Vorfeld der Sitzung gingen den Mitgliedern des Parlaments schriftliche Bewerbungen von sechs Personen zu. Diese Personen, sowie fünf weitere von denen bisher keine schriftliche Bewerbung vorliegt, wurden am 30.03.2021 vom Vorsitz des Allgemeinen Studierendenausschusses, Linus Mach, gemäß §25 (2) der Satzung der Studierendenschaft zu politisches Referent*innen des AStA ernannt.

Der Satzungsparagraph sieht vor, dass ernannte Personen durch das Parlament bestätigt werden, bis zu diesem Zeitpunkt ist die Ernennung schwebend wirksam. Bisher wurden nur drei der vierzehn zu politischen Referent*innen ernannten Personen bestätigt.

Die ernannten Referent*innen arbeiten seit ihrer Ernennung vor über sechs Wochen im AStA. Sie sind auf dem wöchentlichen AStA-Plenum stimmberechtigt und entscheiden über Gelder der Studierendenschaft und repräsentieren diese.

Wie angesprochen haben sich fünf von ihnen dem Parlament schriftlich vorgestellt und waren auf der Sitzung anwesend, um sich auch persönlich vorzustellen und Fragen zu beantworten.

Diese Befragung stellt das wichtigste Werkzeug der oppositionellen Mitglieder des Studierendenparlaments dar, die Referent*innen auf ihre Qualifikationen, ihre Ideale und ihre Ziele zu prüfen. Die Tatsache, dass es über einen Monat dauert, bis die Bestätigung auf der Tagesordnung steht ist allein schon bedenklich, doch dies soll in diesem Text nicht Thema sein.

Doch zu einer Befragung sollte es nicht kommen, denn Ronja Vollmari, ehemalige AStA-Vorsitzende, Mitglied der Fraktion CampusGrün, beantragte die Vertagung des Tagesordnungspunktes bevor die erste Bewerbung aufgerufen wurde. Zur Begründung verwies sie auf „Unstimmigkeiten in der Koalition“. Die den AStA stellende Mehrheit des Parlaments aus CampusGrün und der Juso HSG stimmte für die Vertagung, wobei bemerkenswert ist, dass sich Teile der Fraktion der Juso HSG bei der Abstimmung enthielten.

Worin diese Unstimmigkeiten bestanden oder bestehen, wäre Spekulation meinerseits, die ich nicht anstellen möchte. Stimmen, die davon sprechen, dass nicht alle sich vorstellenden Referent*innen die

für die Bestätigung notwendigen Stimmen der Koalitionsmehrheit erhalten hätten, möchte ich keinen Raum geben.

Tatsache ist, dass die grün-rote AStA-Koalition ein in der Satzung vorgesehenes Verfahren und ein Recht der parlamentarischen Opposition aufgeschoben hat, weil es ihr unpässlich war. Dies zeigt meines Erachtens nach deutlich, wie die Mitglieder der AStA-tragenden Koalition das Verhältnis von Legislative und Exekutive, von Parlament und AStA sehen.

Das höchste beschlussfassende Organ unserer Studierendenschaft, die demokratische Grundlage unserer Selbstverwaltung hat sich den Befindlichkeiten des AStAs zu beugen und seine Prozesse nach dem Willen der herrschenden Exekutive auszuführen. „Unstimmigkeiten“ in der Koalition werden nicht transparent gemacht, sondern sind Grund genug Punkte von der Tagesordnung zu nehmen und auf die Zukunft zu vertagen.

In zwei Wochen, vom 07. bis zum 11.06.2021, wird ein neues Studierendenparlament gewählt und es besteht die Möglichkeit, dass die AStA-Koalition ihre Mehrheit verliert oder aus anderen Gründen verändert. Dies würde eine zeitnahe Neuwahl des AStA-Vorsitzes und damit ein Ende der Amtszeiten aller Referent*innen bedeuten. Es gab ausreichend Gelegenheit zur Bestätigung, doch Unwille und Unstimmigkeiten stellen uns die Möglichkeit vor Augen, dass einzelne Referent*innen während ihrer Amtszeit nicht bestätigt werden.

Aus diese den demokratischen Kontrollprozess ablehnende Haltung möchte ich nicht weiter eingehen. Die lapidare Haltung, mit der die Rechte des Parlaments beiseite gewischt werden, ist erschreckend.

Abschließen möchte ich mit einer düsteren Vorhersage: Die Befragung der Referent*innen durch das Parlament wird wie in der Vergangenheit durch Mitglieder der Koalitionslisten verkürzt werden. Es werden Anträge auf Ende der Befragung und sofortige Abstimmung gestellt werden, die nicht inhaltlich begründet sind, sondern nur unangenehme Fragen aus der Opposition unterbinden sollen.

Und ich erahne, dass einzelne Bestätigung erneut vertagt wird, da die Referent*innen im Gegensatz zum vergangenen Montag nicht anwesend sind. Alternativ ist eine Vertagung – wie die Vergangenheit zeigt – auch üblich, wenn die Sitzung nach Empfinden einzelner Parlamentarier*innen bereits zu lange läuft. Vielleicht tritt dies nicht ein, denn die vergangene 10. Sitzung war aufgrund der Vertagung der Bewerbungen ungewöhnlich kurz.

Ich hoffe inständig, meine Befürchtungen bewahrheiten sich nicht. Ich möchte weiter an die demokratische Selbstverwaltung der Studierendenschaft glauben und hoffe, dass allen beteiligten Personen klar ist, welchen Schaden das Verhalten der jüngsten Vergangenheit diesem Glauben angetan hat. Ich hoffe, dass ich mich nie wieder genötigt sehen werde, einen solchen Text zu schreiben und danke allen, die gelesen haben, was ich zu sagen habe.

Frederic Barlag

Mitglied der Fraktion Die LISTE im 63. Studierendenparlament